

Z06

Antrag

Initiator*innen: SPD-Ortsverein Freital

Titel: Trennung von Parteiamt und politischen Amt

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Die Trennung von Parteiamt (z. B. Parteivorsitz) und politischem Amt (z. B.
2 Minister) als Anhäufung von Funktionen soll zukünftig in der SPD Sachsen
3 erfolgen. Hier ist ausdrücklich nicht die Trennung von Amt (z. B.
4 Generalsekretär/in) und Mandat (z. B. Landtagsabgeordnete/r, Bürgermeister/in,
5 Stadtrat/Stadträtin) gemeint.

Begründung

6 Die Trennung von Parteiamt und politischem Amt wird gefordert, da hier ein
7 Interessenskonflikt bestehen kann und damit Aufgaben, die mit dem Parteiamt in
8 Verbindung stehen, nicht oder nur unzureichend wahrgenommen würden.
9 Beispielsweise würden kritische Äußerungen oder neuartige Ideen, welche aus der
10 sächsischen SPD heraus entstehen, nicht ausreichend durch den/die
11 Parteivorsitzende(n) vertreten und kommuniziert, wenn dieser/diese gleichzeitig
12 Teil der sächsischen Regierung ist. Damit würde eindeutig ein
13 Interessenskonflikt bestehen, der wiederum bei einem Mandatsträger nicht
14 vorhanden wäre, wenn er nicht Teil der Regierung ist.

15 Außerdem besteht in der Außenwahrnehmung kein Unterschied zwischen einem z. B.
16 Minister und Parteivorsitzenden, wenn dieser beide (oder noch mehr Ämter bzw.

17 Mandate) wahrnimmt. Die Bürger würden daher geäußerte Ideen bzw. Kritik (wenn
18 diese überhaupt zur Sprache käme), immer als Äußerung des/der z. B. Ministers/in
19 verstehen, aber nicht des/der Parteivorsitzenden.

20 Weiterhin ist anzumerken, dass die zur Verfügung stehende Arbeitszeit einer
21 Person mit mehreren Ämtern für die einzelne Funktion beschränkt ist, so dass
22 nicht alle Ämter mit hoher Intensität bearbeitet werden können. Wenn Funktionen
23 auf mehrere Personen aufgeteilt werden, ist eine intensivere Arbeit für die
24 Ämter anzunehmen.